

berfahrenen soll. Trotz der schon vorweggenommenen Spargarantien! Zur Rechtfertigung wird gesagt, daß der „Sparat“ von 1920 nicht durchführbar gewesen sei, wie der bereits angekündigte Nachtragset in Höhe von 700 Millionen erweise. Ein solcher Beweis! Er belagt doch nur, daß wir selbst in der größten Notlage, wenn uns das Wasser schon bis an den Hals steht, nicht wirklich sparen wollen oder können. Da werden jahraus, jahrein große Medien gehalten und dicke Bücher geschrieben über den eisernen „Zwang“ zur Sparfahigkeit, in dem Augenblick aber, wo die Notwendigkeit die Ausführung übernehme, geht es auf einmal nicht mehr; da ist alles „zwangsläufig“ — ein furchterliches Wort, todbringend für den Gedanken der Sparfahigkeit — und das dicke Ende einer unübersehbaren Reihe von Staatsüberforderungen ist eben ein Nachtragset mit schwindelerregenden Zahlen. Ein Dohn ist das auf die große „Sparaktion“, die damals bei der Beratung des Etats die Deutsche Volkspartei unter größten Anstrengungen, unter Gefährdung ihres eigenen Zusammenhaltens und der Koalition durchgesetzt hat. Zupflüger des Volkes!

Nun hat Herr Dillferding bei seinen Erklärungen im Reichstagsauschuss Optimismus befohlen. Es werde schon nicht so schlimm kommen. Aber auch damit ist es nicht, wie sich jetzt herausstellt. Die übertriebenen Schätzungen des Steuer-aufkommens müssen berabgesetzt werden, weil ein weiteres Nachlassen der Steuerquellen infolge der Wirtschaftslage im nächsten Jahre unausweichlich ist. Dazu kommen weiter steigende Ansprüche der Arbeitslosenversicherung an die Reichskasse, weil man es der antrumpfenden Sozialdemokratie gegenüber nicht weisacht hat, hier mindestens reinen Tisch zu machen. Und aus alledem braut sich ein Etat zusammen,

der auf der Ausgaben-seite 10% Milliarden aufweist und für die arbeitslos angelegte Steuerentlastung natürlich keinen Pfennig übrig läßt. Ob auch dieses Verprechen nur einer der vielen Kräfte zur Bedingung während der Volksbegehrendzeit war?

Man muß es fast glauben, wenn man zu den neuen Staatsanforderungen die damals schon wieder wachsenden Kassen-schwierigkeiten nimmt. Kaum glaubte man aus der Not heraus zu sein, da ist man von neuem drinnen; denn die schwebenden Schulden des Reiches sind schon wieder auf 1100 Millionen gestiegen und sollen bis zum Jahresende auf 1300 Millionen anwachsen. Pumperfische bei Post und Bahn, bei den öffentlichen und privaten Bank-instituten und wohl auch im Auslande sind wieder in Vorbereitung. Und schon sucht man überall die Gelder zusammenzutragen, die an jedem Monatsende in Höhe von 220 Millionen zur prompten Auszahlung der Beamten-befoldung nötig sind. allerlei Auswege werden erdacht und wieder verworfen, um dieser regelmäßig wiederkehrenden Katastrophe abzuweichen, wie Auszahlung der Beamtengehälter um die Monatsmitte oder Verlegung der Steuerzahlungs-terminen. Es ist klar, daß mit solchen Mitteln nichts ge-lassen ist, wenn nicht eine gründliche Reform in allen Zweigen mit wirklicher Sparfahigkeit kommt, auch mit grausamer, wo es nötig ist. Ueber Einzelheiten kann man debattieren, aber eins ist sicher: daß Herr Dillferding nach seinen Zeitungsproben diese Reform nicht machen kann. Nur einer gesamt-bürgerlichen Koalition mit erstem Willen könnte sie gelingen.

Der Bochumer „Jeme“-Mord

Der Mord war gemeiner Mord und ein Verbrechen. Die Verurteilung, wie das Landgericht Bochum in dem Urteil vom 19. November feststellt, ist ein Verbrechen an dem 19-jährigen lausitzischen Angeklagten Franz Jeme, Mitglied des Jungdeutschen Ordens, eines Ver-brechens, das lang, sehr als Verbrechen galt, um Anlaß zu nehmen, um am 24. Oktober wegen Auflehnung des seit Jahren in Paris lebenden Mörder und ehemaligen des französischen Spion Rofers vorzeitig zu werden. Nach der bei den zukünftigen Stellen in Berlin herrschenden Auffassung liegt für die französische Regierung kein Anlaß mehr vor, die Auslieferung zu verweigern. Die Kammer aus dem im Jahre 1923 getroffenen Londoner Abkommen zur Liquidierung des Ruhrkrieges, deren Zweck bisher für sich in An-spruch nahm, erkräftigt sich nur auf Vergeben und Verbrechen politischen Charakters. Die umfangreichen Erhebungen haben ergeben, daß die von Rofers an dem jungen Henning verübte Mordtat mit politischen Beweggründen nichts zu tun hat, son-dern lediglich aus gemeiner Gewinn-sucht verübt wurde. Rofers wird auch Verurteilung großer Geldsummen zur Last gelegt. Die Familie Rofers hat sich von dem Ver-brecher losgesagt und die Arbeit der deutschen Behörden zur Aufklärung der abenteuerlichen Tat unterstützt.

An den Prager Hochschulen. Die Vorlesungen an der deutschen Universität und an der deutschen Technischen Hoch-schule in Prag wurden in voller Ruhe wieder aufgenommen.

Mittelstandsfundgebung der Deutschnationalen Volkspartei

Der Abschluß des Parteitages - Schärfster Einspruch gegen den Polenvertrag und den Beamtenterror

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Rassel, 23. Nov. Am Mahnen des Parteitages fand auch eine ordentliche Mittelstandsfundgebung statt, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Wienböck

über den Mittelstand und seine politischen Gegner sprach. Er ging von der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Mittelstands, von dessen Bedeutung für die deutsche Familienbildung, Christentum und Kultur, von seinem sozialen Sinn aus, um dabei darauf hinzuweisen, daß diese Lebensbedingungen in neuerer Zeit immer mehr bedroht werden. Er neuerdings verurteilt die liberalen Parteien, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, wieder Wähler zu gewinnen, indem sie die alten konservativen Mittelstandsprogramme nach-schieben.

Zentrum und Demokratie seien freilich heute außerdem noch abhängig von dem größten Feind des Mittelstands, vom Marxismus, der sich nicht nur gegen die wirt-schaftliche Selbständigkeit, sondern vor allem auch gegen die christliche und staatserbaltende Weltanschauung des Mittelstandes wende.

Die Politik der Vernichtung der kleineren und mittleren Exi-stenzen in Gewerbe und Handwerk durch die Konsumvereine und die Sozialisierung habe leider besonders nach dem Arzenei-Erfolge gehandelt, da die bürgerlichen Parteien in enger Koalition mit der Sozialdemokratie nicht mehr die Kraft gefunden hätten, sie genügend zu bekämpfen. Die sogenannten Wirt-schaftsparteien seien ihre Hauptaufgabe nicht in gemeinsamem Kampf gegen den Marxismus, sondern im Zerklagen der bürgerlichen Front, Demokratie, Marxismus und Wirtschaftsparteien hätten die Mittelstandfrage im höchsten Grade zer-splittert und verwirrt. Dessen Folge sei eine Rückkehr zu konventioneller Mittelstandspolitik, wie sie von der Deutschnationalen Volkspartei übernommen worden sei. Der Redner gab abschließend dem Wunsch Ausdruck, daß der Mittelstand entsprechend dem Ruf des Parteitages in dem künftigen Kampfe gegen den Marxismus und seine Nachläufer nicht fehlen werde.

Der Evangelische Reichsausschuss der Partei hatte in Gemeinschaft mit dem evangelischen Landesauschuss Meissen-Rosau seine Mitglieder und Freunde zu einer Aus-sprache über das Thema „Evangelisch-parteiliche Beiträge und Deutschnationale Volkspartei“ zusammengefordert. Nach einem ausführlichen Vortrag des geschäftsführenden Aus-schusses über die politische Aktivität unter dem Evangelischen sprach Metropolitan D. Dittmar, Rassel, über die Aufgabe und die Arbeit der evangelischen Ausschüsse in der Partei. Er wies insbesondere auf die Notwendigkeit einer engeren Zu-sammenarbeit zwischen dem Evangelischen Reichsausschuss und den evangelischen Landesauschüssen in dieser Frage hin.

Der Reichsausschuss der Deutschnationalen Beamten-fakete eine Entschliessung, in der das Verhalten des Deutschen Beamtenbundes im politischen Kampfe um das deutsche Volks-begehren einer scharfen Kritik unterzogen wird. Seine Leitung habe durch seine Stellungnahme gegen das Volksbegehren die durch die Zusagen vorgeschriebene politische Neutralität auf-schwerste verletzt.

Seine letzte Vollziehung hielt der Parteitag am Sonntag ab. Der Parteivorstand Dr. Eugen-berg empfahl zunächst namens der Parteiver-tretung folgende Entschliessung zur Annahme, die denn auch vom Parteitag einstimmig bekräftigt wurde:

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei er-hebt schärfsten Einspruch gegen den aus der polnischen und der deutschen Presse bekannt gewordenen Inhalt des durch den deutschen Gesandten Hanischer (Soz.) paraphrasierten deutsch-polnischen Handelsvertrags und gegen die Ab-sicht des Reichsaussenministers Dr. Curtius (D. Sp.), den Zollpolitischen Schutz gegen Polen in wichtigen Punkten preiszugeben. Diese volksparteilich-sozialistische Politik er-weicht sich als unfähig, deutsche Interessen dem Auslande gegenüber zu vertreten, indem sie den Raub deutschen Privateigentums nachträglich anerkennt und sanktioniert, indem sie die deutschen Grenzfelder in Polen von ihren Bauernhöfen vertreiben läßt, indem sie die Einfuhr pol-nischer Rohle erleichtert und deutsche Bergleute arbeitslos macht, indem sie polnische Schweine, polnische Kartoffeln und polnische Getreide über die Grenze kommen läßt zum Schaden der deutschen schwerbelasteten Landwirtschaft, indem sie die Züchtung im Osten, die mit der Landwirtschaft steht und fällt, unumsätlich und deutschen Grenzraum menschenleer macht. Wir verlangen von einer deutschen Regierung, daß sie beim Kampfe um die Reichsliste nicht deutsche Lebensrechte der Gegenwart und Zukunft preisgibt.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei dankt allen den Beamten, die sich durch unangehören und ver-schleissungswidrigen Terror von der Eintragung in die Listen zum Volksbegehren nicht haben abschrecken lassen, für ihr mannhaftes und mutiges Verhalten. Der Parteitag brand-markiert das Verhalten der Reichsregierung und der preussischen Regierung, die sich, entgegen anderen Regierungen, z. B. Mecklenburg-Schwerins, Bayerns, Württemberg, Thüringens, Sachsens, nicht gekent haben, die ver-schleissungswidrigen Rechte der Beamten aus parteipolitischen Interessen auf das erblichste zu verziehen, obwohl gerade sie Kraft ihres Amtes dazu berufen sind, Hüter der Ver-

fassung zu sein. Mit dem Verluste, aus Staatsdienern Parteiuntergebene zu machen, hat sich das herrschende Partei-system selbst verurteilt und die Autorität des Staates schwer geschädigt. Die Deutschnationale Volkspartei wird sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte einsetzen und für jeden Beamten tatkräftig eintreten, der wegen seines Befehrsverweiges verfolgt wird.

Sie erwartet, daß das nationale Beamtenum um des Vaterlandes und um des Staates willen in überlieferter Pflichtgefühl im Dienste ansharren wird, allen Anseindun-gen zum Trotz. Der Parteitag erneuert das Bekenntnis zum Berufsbeamtenum deutscher Art und deutschen Ge-präges. Die Deutschnationale Volkspartei wird nach wie vor Hüterin des Berufsbeamtenums aller Art sein und

lehnt alle Behauptungen ab, die auf eine Politisierung der Beamenschaft und Bezeichnung des Berufsbeamtenums, sei es offen, sei es verhehlt, hingen.

Ebenso wurde eine weitere Entschliessung einstimmig an-genommen, die sich mit der

Rückgabe des Saargebietes

Schließlich wurde unter lebhaftem Beifall noch eine vom Bismarckbund angenommene Entschliessung zur Kenntnis ge-nommen, in der der Bismarckbund dem Reichstagsabgeord-neten Bismarckmeyer Verbot in Berlin-Schöneberg seinen Dank und seine Anerkennung für sein mannhaftes Auftreten gegenüber marxistischer Willkür und neudeutscher Auffassung vom Wesen des Staates ausspricht.

Die Ziele des deutschnationalen Führers

Versuch einer Würdigung

Von unserem zum deutschnationalen Parteitag entsandten Berliner Redaktionsleiter Dr. D.

Rassel, 23. Nov. Der Rassel-Parteitag der Deutschnatio-nalen war in politischen Kreisen mit nicht geringer Spannung erwartet worden. Die Gegner der Partei erholten von ihm den offenen Ausdruck einer Krise und scharfe Auseinander-setzungen mit allen personalpolitischen Folgen. Der neue Parteiführer Dr. Eugen-berg hat alle diese Wünsche und Hoff-nungen erfüllt. Die Verhandlungen brachten vor wie hinter den Kulissen feinerlet Sensationen.

Eugen-berg hat die Stellung der insbesondere in der Reichstagsfraktion gegen ihn verammelten Feinde so erschüttert, daß sie auf dem Rassel-Parteitag völlig aktionsunfähig wurden

und nach außen zum mindesten eine völlige Einheitsfront in der Partei die Folge war. Der Parteivorstand trat mit 83 v. D. Stimmen, die Parteiververtretung ein i m m i a auf den Boden seiner Richtlinien. Dieser zahlenmäßige Erfolg ruht in der Persönlichkeit Eugen-bergs selbst. Diese Persön-lichkeit, die heute die große Reichspartei führt, in einigen Zügen zu zeichnen, soll hier in aller Erkenntnis der Schwierigkeit eines solchen Unternehmens versucht werden.

Es ist kein Zweifel, daß Eugen-berg eine Persönlichkeit von ungewöhnlichem Ausmaß ist.

Im politischen Geschehen Dr. Stresemanns schärfster Anti-pode, verbunden ihm mit dem Verstorbenen doch gewisse Züge der Ähnlichkeit. Es sind dies die Konturen, die den Politiker ausmachen, zunächst ein sehr ausgesprochenes Mach-tbewußtsein. Eugen-berg ist ein Mann der Macht, wie Stresemann ein solcher war. Eugen-berg ist befehlen von einer politischen Konzeption, die er auf einfache Formulierungen bringt. Stresemann hat sein Leben einer politischen Idee ge-opfert, von der er bis zum Versteren erfüllt war. Eugen-berg ist in seinen Lebensbedürfnissen denkbar bescheiden und gleich-damit Stresemann aus. Sie geben beide nichts auf Außerlichkeit an — im ungeheuersten Anzug sind sie sich genau so verwannt, wie im schlichtesten Schilps. Aber Eugen-berg hat die Konstitution, die Stresemann nicht sein eigen nennen konnte. Der heute 68-jährige mit dem straffen weichen Schnurrbart und der gesunden Hautgesichtsfarbe gleich einem Dolchschnitt. — Der verstorbene Außenminister, sensibel und empfindlich, sehr gelenkig und geschmeidig, ein Meister des Wortes und der schnell wirkenden Taktik, gleich einer mit vibrierenden Strichen gezeichneten Skizze, die mit dem Farb-blei des Aquarells gezeichnet ist. Im Machtpolitischen und in der Beiseitheit von einem politischen Gedanken einander ähnlich, unterscheiden sich die beiden wie der Bauer vom Großstädter. Eugen-berg ist nüchtern, völlig unromantisch, langsam und sah, ein Mann der Vorbedacht und der stillen Vorbereitung, fak-tisch und ohne Improvisationen. Stresemann war sehr sen-sibel, problematisch sehr weich in bezug auf die Chancen der zeitlichen Entwicklungen, dabei aufgeschlossen und stets ein-beigebert, mit viel politischer Phantasie begabt. Eugen-berg ein Mann von auf die Politik übertragenen Grundfähigkeiten. Strese-mann, der Mann, der sich täglich neu an den Gegebenheiten orientierte, die Dinge in das System seiner Gedanken blis-schnell einordnend.

Als Antipode des verstorbenen Stresemann, so steht Eugen-berg heute an der Spitze seiner Partei.

Er vertritt sie von der Taktik loszulassen und auf einige wenige sehr einfache Grundfähigkeiten umzustellen. In der Einfach-heit, mit der er sich zu diesen Grundfähigkeiten bekennt, liegt seine Stärke, und die äußerlich zunächst selbst ammutende Tat-sache, daß er, der gänzlich unparlamentarische und un-rechtliche Mensch auf Massen zu wirken vermag, und zwar mit einer höchst eindringlichen Suggestivität. Es ist in seiner Art ein Genuss, ihm zuzuhören, obwohl seine Formu-lierungen alles andere als brillierend sind. Eugen-berg wirkt durch die Ruhe seines Auftretens.

Er vertritt eine Atmosphäre zu verbreiten, in der Ver-trauen und Festigkeit wächst, und er wärmt diese Atmosphäre durch seine schlicht und eindrucksvoll vorgetragenen Bekennt-

nisse. Die politischen Rechnungen, die er aufmacht, befriden durch völlige Ueberrücklichkeit und Unkompliziertheit.

Der Erfolg entscheidet über den Politiker: Ist Eugen-bergs Rechnung richtig? Es gilt für ihn, eine neue bürger-liche Ordnung zu schaffen. Die Verklammerung der bürger-lichen Mittelparteien mit der Sozialdemokratie führt seiner Ansicht nach zur völligen Verwüstung der innerpolitischen Ver-hältnisse Deutschlands. Die Deutschnationalen müssen, so rechnet Eugen-berg, eine gründliche Kur vornehmen und diese Verklammerung bis zu einem Grade der Selbstvernich-tung dieser Parteien steigern, daß sie sich am Ende in eine Koalition mit seinem großen Gedanken, und zwar auf lange Sicht einzuschließen gezwungen sind.

Dieser politische Gedanke hat aber zwei Seiten.

Einmal weiß man nicht, ob die Sozialdemokratie nicht alles tun wird, um die jetzige Kombination auch für die Mittel-parteien für lange Zeit tragbar zu machen, was der Ueber-lebenheit der Braun und Seevering durchaus zuzutragen wäre, und zum anderen wäre zu fragen, ob die Deutschnationale Partei die Nerven hat, eine solche Opposition auch dann durch-zuhalten, wenn die Gegenparteien ihnen Entgegenkommen in dieser oder jener Hinsicht zeigen sollte, um auf Eugen-bergs Gefolgschaft zu wirken. Eugen-berg wird persönlich die Nerven haben, durchzuhalten. Ob einzelne besonders not-leidende Berufsstände in seiner Bähigkeit, die auf die man auch dürftigen Hilfsstellungen der Staatsmachtmereie nicht verzichten zu können glauben, durchhalten, kann erst die Zu-kunft lehren.

Eugen-berg hält den Youngplan nicht für das „kleinere“, sondern für das absolute Uebel.

Er glaubt, daß es noch Zeit sei, ihn zu vermeiden, ohne daß tödliche Rückwirkungen auf Deutschland die Folge sind. Viele Politiker stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß wir ihn schlucken müssen, und daß wir nicht mehr die Möglichkeit haben, eine Krise, die sich aus der Ablehnung des Young-planes ergeben könnte, zu ertragen. Das ist nun eine Frage der politischen Beurteilung, die freilich nach Lage der Dinge kaum aktuell werden könnte, denn es deutet nicht darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien der Mitte noch zu bewegen sein könnten, sich mit Eugen-berg zusammen zu überlegen, wie man den Partier Tributplan rückgängig machen und eine andere Form der Reparationsregelung herbeiführen könnte. Der Schwerpunkt der beiden Fragen liegt also bei der inner-politischen Entwicklung. Er lautet, wie gesagt:

Hat die Deutschnationale Partei die Kraft der grund-sätzlichen Opposition bis zur Koalitionsbereitschaft der bürgerlichen Mittelparteien zu ihr?

Hat die Deutschnationale Partei und Eugen-berg die Kraft, Wahlen, die in diesem Zeichen geführt werden könnten, siegreich zu befehen, oder ist die Gegenwirkung der Interessengruppen und Berufsstände aus den Kreisen der Partei selbst so stark, daß Eugen-berg gezwungen ist, auf seine politische Konzeption zu verzichten? Von der Beantwortung dieser Fragen wird es abhängen, ob Eugen-bergs Parteiführerschaft eine große Wendung in der Politik und im Einfluß der größten deutschen Reichspartei bedeutet, oder ob sein Verlust politisch zu einem Rißerfolg führt. Bis dies erwiesen ist, sollte man sich in der Beurteilung zurückhalten.

Das ist die Lehre, die der Rassel-Parteitag erbracht hat, denn so viel steht fest: Wenn Eugen-berg an die Spitze der Partei trat, dann mußte er, was seiner harte, und die Ver-gangenheit dieses Mannes läßt nicht den Schluß zu, daß er letzten Endes sich in ausichtslose Situationen hineinbegab. Des widerspricht seinem ganzen Charakter.

